

Rede/Kernaussagen Andrea Ypsilanti zum 1. Mai 2010 in Marburg

(Dieses Manuskript enthält die Kernaussagen der Rede. Abweichungen zur tatsächlich gehaltenen Rede sind möglich. Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zuerst einmal möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass ich eingeladen wurde heute zu ihnen und euch zu sprechen. Ich bin sehr gerne nach Marburg gekommen.

Beginnen möchte ich meine Rede mit ein paar kurzen „historischen Bemerkungen“.

Die Arbeiterbewegung hat in den vergangenen Jahren oft zu hören bekommen, sie sei rückständig und obsolet. Der 1. Mai passe nicht mehr in die sogenannte moderne Welt der Tarifpartnerschaften.

Dabei ist es doch offenkundig, dass genau diejenigen, die diese ideologischen Parolen vertreten haben in der Praxis gescheitert sind. Wir haben eine Finanzkrise, eine Wirtschaftskrise, eine Klimakrise, die genau diejenigen zu verantworten haben, die den Neoliberalismus und den ungezügelt Kapitalismus als unfehlbar verkaufen wollten.

Und leider haben wir auch eine politische Vertrauenskrise, weil diese Regierungen ob im Bund oder in Hessen nicht Willens sind die Verantwortlichen der Krisen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Zeche der Krise bezahlen die lohnabhängig Beschäftigten, die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen und Hartz IV Empfänger, die Kinder und jungen Menschen ohne Ausbildung.. Die Zahl der Armen ist nach Berechnungen der OECD wegen der Krise weltweit um 15 Millionen Menschen nach oben geschnellt.

Eines steht fest: Der 1. Mai ist kein Anachronismus. Der 1. Mai ist die politische Antwort auf die Skandale der neoliberalen Ökonomie.

Es ist u.a. die Aufgabe der Gewerkschaften wieder ein kollektives Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Armut, die Arbeitslosigkeit der fehlende Ausbildungsplatz oder nicht geschaffte Bildungsabschluss kein individuelles Versagen der Einzelnen ist,

sondern die Mängel der Systeme – Des Wirtschaftssystems oder des Bildungssystems.

Lasst mich das durch ein paar Beispiele deutlich machen.

Beispiel Ausbildung:

Mehr als 80.000 Jugendliche suchen derzeit noch einen Ausbildungsplatz.

Im Gegenzug gibt es 50.000 Plätze Ausbildungsplätze weniger. Und unzählige junge Menschen befinden sich zudem in „Vorbereitungsmaßnahmen“.

Natürlich hängt die Ausbildungssituation auch mit der konjunkturellen Lage zusammen. Aber eben nicht nur oder nicht ausschließlich.

Überall jammern Ausbildungsbetriebe über schlechte Bildung, über junge Menschen, die die Schule absolviert haben und trotzdem große Defizite aufweisen. Aber es ist doch ein Problem des Bildungssystems wenn so viele Jugendliche durch das Raster fallen und nicht individuelles Versagen.

Beispiel Hartz IV:

Wir dürfen nicht so tun, als ob jeder der bereitwillig ist und gefördert wird auch automatisch einen Arbeitsplatz erhält. Viele haben alles richtig gemacht und trotzdem keine Arbeit.

Wir müssen die Frage der Arbeitsverteilung neu stellen.

Bei der Lohnarbeit, aber auch bei der Familienarbeit und der Arbeit im Ehrenamt.

Vielleicht müssen wir auch wieder über Arbeitszeitverkürzung reden.

Was aber sofort umgesetzt werden muss und wofür ich schon lange eintrete:

Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Jeder Mensch, der voll erwerbstätig ist muss von seinen Lohn auch eine Familie ernähren können.

Weiterhin brauchen wir die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Eindämmung der Leiharbeit.

Hinzu kommt, dass ab 2011 die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen EU weit gilt.

Bis dahin brauchen wir ein Vergabegesetz welches mit den Vorgaben der EU konform geht. Damit sichergestellt werden kann, dass Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, Tariflöhne bezahlen und soziale Standards einhalten.

Von den neoliberalen Parteien und unserer Bundesregierung dürfen wir nicht erwarten, dass sie zukunftstaugliche Antworten auf die Krisen gibt.

Bei der FDP hat man nach der Bundestagswahl sowohl in Hessen als auch im Bund gesehen, was ihr Wort gilt: Schutz für die Steuerhinterzieher und Großkonzerne. Champagner Steuersätze für die Luxushotels. Keine Regulierung der Finanzmärkte und Steuersenkungen für die Besserverdienenden und Reichen – notfalls auf Pump. Aber wer die öffentlichen Kassen ausraubt, muss auch sagen, was er in Zukunft **nicht** mehr bezahlen will. In Hessen zeigt Schwarz-Gelb wo die Reise, ihrer Meinung nach, hingeht.

Anstatt Antworten zu geben ergibt sich die FDP aber scheinbar lieber in Hetze gegen Hartz IV Empfänger und brutalst möglicher Schutz für die Krisenverursacher.

Wer so eiskalt wie Westerwelle und die FDP den Sozialstaat zerschlagen will, gehört nicht in ein Außenministerium, sondern eher mal für vier Monate in Schichtarbeit zu McDonald an den Grill. Damit er auch weiß, über was er redet.

Die CDU ist nicht eine christliche Volkspartei, sondern aktuell eine lose Ansammlung politischer Akteure. Seehofer ist gegen die Kopfpauschale, Rüttgers sozial bis zum nächsten Sonntag und Koch in Lauerstellung hinter einem leeren Tresor. Frau Bundeskanzlerin ist immer dort, wo die Krise gerade nicht ist und in Treue fest zur FDP stehend. Roland Koch zerschlägt in Hessen die Sozialstrukturen. Frei nach dem Motto: Wer heute bei der Kinderbetreuung spart, kann morgen wieder Kampagnen gegen Jugendkriminalität fahren.

Wäre das nicht schon alles schlimm genug, so kann man in der Wirtschaft und bei den Banken sehen, dass sie weiter machen wie bisher. Dort lautet die Parole: „Weiter so!“

Der Chef der größten amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs hat auf der Höhe der Finanzkrise behauptet: „Wir verrichten das Werk Gottes“. Bei solch einer Aussage braucht man sich dann wahrlich nicht mehr vor dem Teufel zu fürchten.

Das ist übrigens dieselbe Bank, die gerade von der amerikanischen Finanzaufsicht SEC angeklagt wird, weil sie wertlose Hypotheken in Pakete geschnürt, der deutschen IKB verkauft hat, und gleichzeitig hohe Wetten darauf abschloss, dass die Preise dieser Pakete fallen. Das ist so, als ob ein Autohändler einen PKW ohne Bremsen verkauft und darauf wettet, dass der Käufer an die Wand fährt.

Das nennt man richtigerweise Betrug und fahrlässige Tötung. Solche Banker gehören nicht an die Börse, sondern in den Knast.

Diese Bundesregierung hat es bis heute nicht geschafft, auch nur einen soliden Vorschlag, geschweige denn ein Gesetz zur Regulierung der Finanzmärkte einzubringen. Jetzt sollen die Banken – darunter auch die kleinen Sparkassen, die gar nicht spekuliert haben, jährlich 1 Milliarde in einen Fond damit es nicht wieder eine Rettung der Finanzinstitute geben muss. Das heißt doch: Mit der nächsten Krise wird gerechnet. Warum darauf warten?

Was ist schon 1 Milliarde? Wenn man den Schutzschirm in Höhe von 100 Milliarden dagegen stellt, ist das so, als ob man einem Dieb der 100.000 € gestohlen hat, zu einer jährlichen Rückzahlung von 1000 € verurteilt.

Es ist kein Wunder, dass viele Menschen in diesem Land den Glauben an Gerechtigkeit verlieren. Wenn in den Vorstandsetagen der Banken schon wieder die Korken knallen und die öffentlichen Haushalte vor leeren Kassen stehen.

Konservative wie Liberale erklären ständig, man könne die bestehenden Boni-Systeme nicht abschaffen. Obwohl empirisch belegt ist, dass diese Fehlanreize setzen. Dann kommt das Argument, die besten Banker würden abwandern. Da kann man nur antworten: „Dann mal los“. Das sind doch genau die, die uns in diese Krise geritten haben.

Es gibt in Deutschland hervorragende Ärztinnen und Ärzte, qualifizierte Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, engagierte Lehrerinnen und Lehrer, pflichtbewusste Polizistinnen und Polizisten und gute Facharbeiterinnen und

Facharbeiter. Die bekommen alle keine Boni und arbeiten trotzdem gut und viel. Wie lange will man die Menschen denn noch für dumm verkaufen.

Wie brauchen keine Boni Steuer, sondern die Abschaffung eben dieser. Bei der Commerzbank sind sie gestrichen und diese Bank kommt auch wieder auf die Beine.

Was wir wirklich brauchen sind höhere Steuern. Aber Steuern, die nicht die Normalverdiener noch weiter belasten, sondern die unverschämte Umverteilung von Unten nach Oben wieder umdreht. Wir brauchen keine Bierdeckel Steuerreform, sondern eine, die den starken Schultern mehr auflädt und die Schwachen schützt. Dazu gehört auch die Vermögens- und die Erbschaftssteuer. Wir brauchen eine verlässliche Gewerbesteuer und nicht weitere Entlastungen für Großkonzerne. Da hat auch die letzte rot-grüne Bundesregierung vieles falsch gemacht.

Und wir brauchen einen regulierten Finanzmarkt, der auf schnelle Spekulationsgewinne Steuern erhebt, wie z.B. die Börsenumsatzsteuer und die Transaktionssteuer.

Wir brauchen mehr Regulation und weniger Kasino- Kapitalismus.

Und spätestens seit Griechenland wissen wir auch:

Wir brauchen ebenso wenig Rating Agenturen, die im Auftrag von Spekulanten, den Euro in die Krise treiben. Private Rating Agenturen haben Subprime Hypotheken als äußerst sicher bewertet. Bis heute ist dieser Skandal nicht thematisiert und gesetzlich geregelt worden.

Das Motto dieses 1. Mai ist: Wir gehen vor.

Ich wünsche mir, dass endlich die Zeit da ist wo Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor/gehen.

Es wird allzu oft vergessen: Die Gewerkschaften haben in der jüngsten Vergangenheit sehr oft dazu beigetragen, den sozialen Frieden zu erhalten, so zu sehen z.B. bei Opel.

Daraus müssen sie Selbstbewusstsein ziehen.

Und voran gehen.

Ich kann die Gewerkschaften und die Kolleginnen und Kollegen darin nur aufs äußerste unterstützen.

Aber sagt auch klar und deutlich wohin:

Das ist nicht unmöglich, wie der Wahlkampf für eine Soziale und Solidarische Moderne 2008 gezeigt hat. Die Wähler wussten, dass dahinter eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, Bildung für alle und erneuerbare Energie steht. Das haben sie dann auch unterstützt.

Es ist mediale Heuchelei und moralisierende Kritik, wenn behauptet wird, Politikverdrossenheit sei einzig ein Produkt nicht eingelöster Versprechen.

Ich bin mir sicher, dass viele Bürger, die sich von der hysterischen Wortbruch-Kampagne 2008 beeinflussen haben lassen, heute, in Anbetracht der unzähligen Wortbrüche der Hessischen Landesregierung, beim Nachtflugverbot, bei der Kinderbetreuung, bei den sozialen Leistungen usw., vieles anders sehen.

Persönlich kann ich nur feststellen: Wer, wie Herr Koch Finanzbeamte, die Großkonzerne überprüfen wollen für verrückt erklärt, wer Staatsrichterinnen und ihre Ehemänner bei Steuerhinterziehung deckt, wer Schlösser vom Adel kauft und Frauenhäuser schließt, der ist nicht Verhandlungspartner. Ich bin stolz darauf, mit dieser hessischen CDU und Roland Koch keine Koalitionsverhandlungen geführt zu haben.

Mir waren und sind inhaltliche Zusagen an die Wähler und Bürger wichtiger, und deshalb war es richtig, ein soziales Reformprojekt anzustreben.

Die Hauptursache der Organisationsverdrossenheit der Bürger in Bezug auf Gewerkschaften und Parteien liegt tiefer. Seit zwanzig Jahren wird den Menschen versprochen, die soziale Ungerechtigkeit, die dramatische Umverteilung von Unten nach Oben, zu bekämpfen. Wirklich verändert wurde – trotz aller Versprechen von Rot-Grün und der darauf folgenden Großen Koalition – nichts.

Die überwältigende Mehrheit der Bürger ist verdrossen, weil ihre Interessen nicht mehr wirksam vertreten sind. Das müssen die linken Parteien und auch die Gewerkschaften begreifen und verändern. Und dazu bedarf es Perspektiven und Mut für diese zu kämpfen.

Wir müssen der neoliberalen, kaltherzigen Philosophie die Idee und die Hegemonie einer Solidarischen Gesellschaft entgegen setzen. Das von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politikern und Kulturschaffenden gegründete Institut „Solidarische Moderne“ will dazu einen intellektuellen Beitrag leisten.

Wir brauchen genauso, die Facharbeiter, die Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die Künstler, die Verkäuferin. Die linken Parteien ebenso wie die Gewerkschaften und Sozialverbände. Die progressiven Organisationen in der Kultur und im Gesundheitswesen.

Wir brauchen ein neues Wirtschaftssystem, dass für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Dazu muss es demokratisiert werden. Es muss sichergestellt werden, dass es ökologisch umgebaut wird, dass die Mitbestimmung und Mitentscheidung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichergestellt ist. Wir brauchen ein Bildungssystem, dass kein Kind zurück lässt, wir brauchen ein Steuersystem, dass den Staat stark macht und nicht ausraubt.

Gemeinsam können wir diese Gesellschaft ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell anders gestalten. Das ist die Botschaft des 1. Mai.

Eine solidarische und gerechte Gesellschaft ist möglich. Aber sie kommt auch nicht von alleine.

Danke für Euer Kommen, danke für eure Aufmerksamkeit!